

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst-abboter 1.80 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 334 77**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — **Telefon 72203**

Inseratenpreise: Die 10geleit. Kolonelle 35 Pfg., bei Platzvorrat 40 Pfg., Stellenangebote 10geleit. Kolonelle 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10geleit. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamenzelle 2 Mt. Smerate v. ausw., die 10geleit. Kolonelle 40 Pfg. bei Platzvorrat, 50 Pfg., Reklamenzelle 2,25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postämter entgegen

Rhoebusreflexe im Amte Stresemanns

Rücktrittsabsichten des Ministerialdirektors Schneider?

Die Rhoebusuntersuchungen in der Dunkelkammer

Berlin, 11. März.

Das Plenum des Reichstags begann mit der Erörterung des Reichswehretats. Zunächst steht nur die Heeresabteilung zur Debatte. Die Behandlung des Marinewesens wird, nach den bisherigen Dispositionen, zurückgestellt, solange nicht die Untersuchungen über den Lohmann-Komplex beendet sind. Man nimmt an, daß sich das Plenum nächste Woche mit den Ruhestaten des Lohmann-Konjunktums eingehender beschäftigen wird.

Nach während der Debatte über den Heeresetat konstituierte sich im Saale des Hauptauschusses der mit der Untersuchung der Rhoebus-Affären betraute Unterausschuss. Als Vorsitzender wurde der Zentrumsmann Verillius bestellt, der dann auch seiner schwarzen Gesinnung unmittelbarer Ausdruck gab. Er stellte zur Erörterung, ob die Tagungen des Ausschusses öffentlich erfolgen sollten. Das mußte unter allen Umständen verhindert werden. Wenn man schon die zwei zu Gast weilenden Abgeordneten, die außer den ordentlichen Ausschussmitgliedern anwesend waren, nicht unmittelbar hinauswerfen wollte, so wurde doch die Öffentlichkeit soweit beschränkt, als keinerlei Mitteilungen an die Presse gemacht werden dürfen. Also die Untersuchung in der Dunkelkammer, wogegen die öffentliche Meinung um so stärker mobilisiert werden muß.

Die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei nahmen den Standpunkt ein, daß man nur so restlose Klärung zu schaffen vermöge. Nur so werde man von den Regierungskreisen die Auskünfte erhalten, die zur Beurteilung des Gesamtkomplexes erforderlich seien. Wir meinen, daß schließlich der Reichstag auch Mittel hätte, die Marineleute zum Reden zu zwingen. Es ist das elementarste Recht der Demokratie, der breiten Masse des Volkes, zu erfahren, auf welche Weise ihre Steuergroschen verschwendet worden sind.

Man erinnere sich der wilden Hege zu Zeiten des Barnat-Standals. Wir haben dazu feinerzeit das Erforderliche gesagt. Der Barnat-Prozess wird in diesen Wochen seinen Abschluß finden. Gerade noch zur rechten Zeit, damit ihn die Korruptionsparteien, insbesondere auf dem nationallistischen rechten Flügel, in der Wahlkampagne nochmals entsprechend auszuwerten, vermögen. Bisher hat auch das niedrigste der schwarzweißroten Hegeorgane nicht zu behaupten gewagt, daß der Sozialdemokratie bei all den Rhoebus-Schweimerien auch nur die geringste Mitschuld nachzuweisen sei. Kann sie darum ein Interesse haben, die Korruptionstaten der Reichsmarineleute irgendwie zu verhüllen? Nein! Selbst wenn, wie nunmehr nicht zu bestreiten ist, auch die Demokraten Schuldige, zum mindesten Herrn Dr. Reinhold, in ihren Reihen zählen, so darf das kein Hindernis für die Sozialdemokratie sein, den breiten Massen der Steuerzahler im Lichte der Öffentlichkeit völlige Klarheit zu verschaffen. Im übrigen wird

der Verdunkelungsfeier doch nicht halten. Entgegen den vorherigen Versicherungen, wonach der irrisierte Rhoebus-Bericht allen Abgeordneten zugehen sollte, ist diese Absicht in letzter Stunde aufgegeben worden mit dem Ergebnis, daß der Bericht bereits am Vortag der Ausschuhverhandlungen in der Boffischen Zeitung im Wortlaut erschien.

Uebersies trübt es bereits jetzt im Gehäß des Rhoebusbaues. Mit seiner Ausschuhrede hatte der Reichswehrminister den Chef der Marineabteilung, Herrn Admiral Jenker, völlig bloßgestellt. So wurde denn während des ganzen Tages in den Wandlungen die Nachricht kolportiert, daß der Hauptverantwortliche für den Rhoebuskomplex, der Admiral, seinen Abschied einzureichen gedenke. Im Untersuchungsausschuh freilich erschien er noch in eigener Person. Herr Gröner aber stellte fest, daß an all den Affären nichts zu verteidigen sei, am wenigstens aber die von der Marineabteilung erteilte Generalvollmacht, durch die faktisch die Verantwortung für derartige Handlungen auf untergeordnete Stellen abgehoben wurde. Will Admiral Jenker erst das Ergebnis der Untersuchungen, seinen Ausspruch entgegennehmen, oder wird er bereits vorher die Konsequenzen ziehen?

Auch andere Herren tragen sich mit Rücktrittsgedanken, an deren System durch die Rhoebusenttüllungen bedentlich gerüttelt worden ist. Neben dem Weheministerium verwaltest das Amt Dr. Stresemanns die größten Fonds, über die gemäß der Reichshaushaltsordnung keine Rechnungslegung erforderlich ist. Ausgerechnet der Deutschnationale Dr. Quack führte am Mittwoch im Hauptauschuh vor, wie hoch die Ueberhöhrungen der Einpositionen im Ressort Dr. Stresemanns, und ausgesprochen in der Geheimfondsauteilung, gewesen sind.

Dort gebot bisher der Ministerialdirektor Oswald Schneider in selbstherrlicher Sonderarität. Er ist der Personaler des Auswärtigen Amtes, die rechte Hand Dr. Stresemanns. Pflöcht heißt es, er gedente am 1. April zurückzutreten. Er will nach Königsberg zurück, um dort die für ihn besonders frei gehaltene Professur wieder anzutreten. Sie ist, wie man hört, mit 12.000 Reichsmark dotiert. Herr Oswald Schneider braucht also nicht humpeln zu gehen.

Zimmerhin die plötzlichen Absichten, zurückzutreten, berühren merkwürdig genug. Fällt er als Opfer eines Systems, das im Weheministerium so schändlich Schiffbruch erlitt? Besitzt auch das Auswärtige Amt Aktien in Lohmannkongernen? Schließlich würde der Rücktritt auch gerechtfertigt sein, wenn aus den Geheimfonds, die Oswald Schneider zu verwalten hatte, einige Millionen in die Tresors des Kapitän Lohmann geflossen sind, denn in dessen Händen liefen die Fäden der Spionage zusammen.

Die Rhoebuseiterdenke entwickelt sich allgemach zum Karfunkel. Herr Oswald Schneider hat das Wort.

Die Arbeitslosigkeit

Was wird aus der Krisenfürsorge?

Unendlich langsam sinkt die Zahl der Arbeitslosen von dem hohen Stande wieder herab, den sie Mitte Januar 1928 erreicht hatte. Nur sehr langsam kommen die sogenannten Saisonarbeiten wieder in Gang, und im übrigen nimmt die nicht saisonbedingte Industrie kaum eine der brachgelegten Arbeitskräfte der Saisonwerke auf. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und der Krisenunterstützung bleibt nahe bei anderthalb Millionen. Die amtlichen Nachweisungen geben darüber folgendes Bild:

| | Hauptunterstützungsempfänger: | | Zusammen |
|--------------------|-------------------------------|---------------------|-----------|
| | Arbeitslosenversicherung | Krisenunterstützung | |
| Ende Dezember 1927 | 1.188.000 | 172.000 | 1.360.000 |
| Mitte Januar 1928 | 1.371.000 | 228.000 | 1.599.000 |
| Ende Januar 1928 | 1.333.000 | 215.000 | 1.548.000 |
| Mitte Februar 1928 | 1.291.000 | 216.000 | 1.507.000 |
| Ende Februar 1928 | 1.238.000 | 215.000 | 1.453.000 |

Der Rückgang der Gesamtzahl macht danach von Mitte Januar bis Ende Februar 146.000 aus. In Wirklichkeit war er viel geringer. In derselben Zeit stieg nämlich die Zahl der Notstandsarbeiter von 31.000 auf 68.000, also um 37.000. Um diese Zahl von 37.000 mehr mit Notstandsarbeiten beschäftigten Arbeitslosen muß die Minderzahl der Arbeitslosen von 146.000 ohne weiteres ermäßigt werden. Es bleibt also ein Nettorückgang der Arbeitslosenzahl zwischen Mitte Januar und Ende Februar von nur 109.000, das sind 6,8 Prozent der Gesamtzahl von Mitte Januar 1928.

Dabei hat die Krisenunterstützung eine wesentliche erhöhte Bedeutung behalten. Zwischen Mitte Januar und Ende Februar vollzogen sich folgende Veränderungen:

| | Mitte Januar | Ende Februar | mehr oder weniger |
|----------------------------------|------------------|------------------|-------------------|
| Arbeitslosenversicherung: | | | |
| Hauptunterstützungsempfänger | 1.371.000 | 1.238.000 | - 133.000 |
| Notstandsarbeiter | 22.500 | 51.500 | + 29.000 |
| Zusammen | 1.393.500 | 1.290.500 | - 104.000 |
| Krisenunterstützung: | | | |
| Hauptunterstützungsempfänger | 228.000 | 215.000 | - 13.000 |
| Notstandsarbeiter | 8.500 | 16.000 | + 7.500 |
| Zusammen | 236.500 | 231.000 | - 5.500 |

Viel erheblicher als die Tatsache, daß der Anteil der der Krisenfürsorge unterliegenden Arbeitslosen an der Gesamtzahl der von den Unterstützungsanstalten des Reiches erhaltenen Arbeitslosen von Mitte Januar bis Ende Februar von 14,5 auf 15,2 Prozent gestiegen ist, ist ihre hohe absolute Zahl. Diese Zahl von 231.000 zu Ende Februar läßt die ganze aktuelle Bedeutung der Bemühungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erkennen, diesen Hunderttausenden die Unterstützung zu erhalten. Die Regierung des Bürgerblods will nämlich stillschweigend gewisse gesetzliche Vorschriften ablaufen lassen, und es sollen damit viele Zehntausende, wie selbst der Reichsarbeitsminister hat zugeben müssen, der Unterstützung verlustig gehen. Herr Brauns schätzt die Zahl der so bedrohten Arbeitslosen auf 40.000. Das heißt nicht, daß es nur 40.000 wären. Man kann im Gegenteil zwanglos annehmen, daß weit mehr in Frage kommen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die Gelegenheit benützt, um nicht nur Verbesserungen der Krisenfürsorge abzuwehren, sondern noch Verbesserungen durchzusetzen. Als am Donnerstag der vergangenen Woche im sozialpolitischen Ausschuh des Reichstags zuerst über diese Angelegenheit verhandelt wurde, mußte die Sozialdemokratie zunächst durchsehen, daß überhaupt einmal ernsthaft an die Sache herangegangen wurde. Es wurde dem Reichsarbeitsminister aufgegeben, bis zum Mittwoch dieser Woche Vorschläge zu machen. Die Sozialdemokratie selbst fordert vor allem die Ausdehnung der Krisenunterstützung auf alle Berufsgruppen und die Beseitigung der zeitlichen Begrenzung der Krisenunterstützung. Diese Forderungen wurden vom Reichsarbeitsminister des Bürgerblods abgelehnt. Herr Brauns stellte nur eine Verlängerung der Krisenunterstützung „bis auf weiteres“ in Aussicht; die Aufhebung der zeitlichen Begrenzung lehnte er ab, ebenso die Ausdehnung auf alle Berufsgruppen. Nur ein Zugeständnis machte Herr Brauns: die Einbeziehung der Gruppe „Lohnarbeit wechselnder Art“ in die Krisenunterstützung.

Es soll also nicht nur Zehntausenden die Krisenunterstützung entzogen, sondern auch nur sehr wenig an dem standalösen Zustand geändert werden, daß unheimlich viele Arbeitslose, die entweder die Anwartschaftszeit für den Bezug von Arbeitslosenunterstützung noch nicht erfüllt oder den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung bereits erschöpft haben, gar keine Unterstützung bekommen oder den Wohlfahrtsämtern der Gemeinden und Gemeindeverbände zugewiesen werden müssen. Wie hoch die Zahl dieser Nichtunterstützten ist, läßt sich für Ende Januar 1928 aus der Angabe der Arbeitsnachweise ersehen, daß zu diesem Zeitpunkt 1.670.000 Arbeitsuchende vorhanden waren, von denen nur 1.317.000 von der Arbeitslosenversicherung oder Krisenunterstützung erfaßt

Die Krise im Donezgebiet

SPD Berlin, 15. März. (Radio.)

Das Mitglied des Zentralkomitees der russischen Kommunistischen Partei, Bubnow, und der Vorsitzende des Zentralkomitees der Gewerkschaft der Bergarbeiter, Schwarz, sind in das Donezgebiet abgereist, um, wie es heißt, die dortigen Parteiorganisationen zu kontrollieren, Mißstände zu beheben und eine Hüttenarbeitergewerkschaft aufzulösen. Diese Tatsache zeigt, daß im Donezgebiet nicht nur die Haltung der technischen Spezialisten Sorge macht, sondern auch die Passivität und die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft selbst.

Bis heute ist weder der Ort noch das Gefängnis bekannt, in dem die verhafteten Deutschen untergebracht sind. Nach dem deutsch-russischen Niederlassungsabkommen, Artikel 11 des Schlusprotokolls, muß bei der Verhaftung deutscher Staatsangehöriger die russische Behörde innerhalb dreimal 24 Stunden den deutschen Vertreter benachrichtigen, wenn die Verhaftung in größeren Städten einschließlich der Kreisstädte erfolgt ist. Bei Verhaftung in kleinen Orten muß die Benachrichtigung binnen siebenmal 24 Stunden erfolgen.

Neue Verhaftungen im Donezbecken

Ill Kowno, 14. März.

Wie aus Moskau gemeldet wird, sind auf Anordnung Bubnows im Donez-Becken neue Verhaftungen vorgenommen worden. Unter den Verhafteten befindet sich der Leiter des Chemischen Trustes im Donez-Becken. Die Verhaftung wird damit begründet, daß die Trustveranlung die Werke wissenschaftlich falsch geleitet habe.

Devoli im Konkurs

Im Sommer 1927 wurde von rechtsradikalen Persönlichkeiten die Deutschen Volkswirtschafts- und Handelsbank, kurz Devoli genannt, gegründet. Das Unternehmen sollte, wie die marxistischeren Prospekt anfündigten, auf dem Gebiet der Reklame arbeiten. Es bezeichnete sich nach außen als „neutral“, unterschied aber in Wirklichkeit zum Hugenberg-Konzern und zur Deutschnationalen Partei enge Beziehungen. Sein eigentlicher Zweck war überhaupt für die Deutschnationalen, bei den bevorstehenden Wahlen eine riesenpropaganda zu entfalten.

Die finanziellen Verhältnisse bei der Devoli waren aber trotz Hugenberg schon seit Monaten schlecht. Man hatte ihr, wie der Sozialdienst mitteilt, von deutschnationaler Seite zwar wiederholt Geld versprochen, ohne diese Versprechungen jedoch zu halten. Wahrscheinlich hatten die Drahtzieher selbst kein Vertrauen mehr zu ihrer eigenen Gründung. Auch die Vorauszahlungen der Geschäftswelt auf die aufgenommenen Aufträge schienen nicht in dem Ausmaß erfolgt zu sein, wie man das erwartet hatte. Wer trotzdem auf die Reklame der Devoli her eingezogen ist, wird sich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, sein Geld verloren zu haben; denn am Dienstag haben zahlreiche Angestellte dieses Unternehmens bei dem Amtsgericht in Raumburg die Eröffnung des Konkursverfahrens beantragt. Das Gericht hat diesem Antrag entsprochen und mit dem 13. März das Konkursverfahren über die Devoli eröffnet.

Vorkäufig steht noch nicht fest, wie die von der Devoli ohne Gegenleistung ergatteten Gelder verpulvert worden sind. Nach dem SPD sollen die maßgebenden Persönlichkeiten eine arge Mißwirtschaft getrieben haben. Die eingezahlten Gelder sollen z. B. zum größten Teil für persönliche Ausgaben verwandt worden sein. Es erscheint deshalb nicht ausgeschlossen, daß sich auch die Staatsanwaltschaft noch mit der Geschäftsführung und Finanzabteilung dieses rechtsgerichteten Unternehmens beschäftigen wird.